

Inhaltsverzeichnis

1. Ecipe	
2. European Roundtable of Industrialists	
3. Die Linke	
4. Bündnis 90/Die Grünen	
5. SPD	
6. Mont Pelerin Society	
7. LobbyControl	

European Centre for International Political Economy

Das **European Centre for International Political Economy (ECIPE)** ist ein neoliberaler **Think Tank**, der Policyforschung zu internationalen Wirtschafts- und Handelspolitiken mit europäischer Relevanz betreibt. ECIPE setzt sich für weltweiten Freihandel ein und unterstützt den Abbau von tarifären und nicht-tarifären Handelsbarrieren für den internationalen Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Personen und Kapital.

European Centre for International Political Economy (ECIPE)

Rechtsform	Frivillig organisation
Tätigkeitsbereich	Europäischer Think Tank
Gründungsdatum	2006
Hauptsitz	Stockholm, Sweden
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue Belliard 4-6, Brüssel
Webadresse	ecipe.org

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Ziele	2
1.1 Themenfelder und Aktivitäten	2
1.2 Forschungsprojekte	3
2 Fallbeispiele und Kritik	3
2.1 2016: Angriffe gegen die Anti-TTIP/CETA-Bewegung	3
3 Organisationsstruktur und Personal	4
3.1 Vorsitzende und Gründer	4
3.2 Lenkungsausschuss	4
4 Finanzen	4
5 Kurzdarstellung und Geschichte	5
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
7 Einzelnachweise	5

Lobbystrategien und Ziele

Mit seinem Team aus Wirtschaftsfunktionären, Politikberatern und Akademikern veröffentlicht ECIPE regelmäßig forschungsorientierte Studien und Publikationen, in denen es die Vorteile internationaler Freihandelsabkommen betont. Somit versucht ECIPE gezielt Einfluss auf die politische und öffentliche Debatte zu nehmen und diese zur Befürwortung einer umfassenden Marktliberalisierung zu bewegen.

Themenfelder und Aktivitäten

- Aktive Beeinflussung der WTO Welthandelsrunden (GATT)
- Trans-pazifisches Partnerschaftsabkommen (TPP)
- Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)
- EU-China Handelsbeziehungen
- weitere groß angelegte bilaterale Handelsabkommen (FTAs) mit Australien, Neu Seeland und Brunei

Quelle:^[1]

Forschungsprojekte

Das Five Freedoms Project

Das Five Freedoms Project ist ein Netzwerk unterschiedlicher Think Tanks und Forschungsgruppen in der gesamten EU und dient als Plattform für den Austausch von Informationen und Ideen. Diskutiert wird unter anderem, auf welche Weise der Europäische Binnenmarkt umfassend reformiert und in diesem Zuge weiter liberalisiert werden kann. Zu den aktuell 4 Freiheiten des Binnenmarktes soll eine 5. hinzukommen: der Transfer von digitalen Daten.^[2] Der Vorsitzende („Chairman“) des *Five Freedom Projekts*, Jacob Wallenberg, ist Vorsitzender bzw. Stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats („Board of Directors“) von ABB, Investor AB und SAS AB.^[3] und Mitglied des [European Roundtable of Industrialists](#) (ERT)^[4]

Das Korea Project

Korea als neuer Wachstumsmotor des internationalen Handels und Zentrum kultureller Diversität soll zum Vorbild für die Staaten Europas werden, wie sie mit neuen Konzepten der aktuellen Verunsicherung auf den europäischen Märkten entgegenwirken und eine lebhaftere Wirtschaftskultur entwickeln können. Aus langfristiger Perspektive gilt die Implementierung eines europäisch-koreanischen Freihandelsabkommens als wahrscheinlich.^[5]

Fallbeispiele und Kritik

2016: Angriffe gegen die Anti-TTIP/CETA-Bewegung

Mit einer im September 2016 veröffentlichten Studie „[Pferd\(e\) und Reiter in den Protest-Kampagnen um TTIP in Deutschland und Europa](#)“, äußert Autor [Matthias Bauer](#), Senior Economist bei ECIPE, scharfe Kritik gegenüber der deutschen Medienberichterstattung hinsichtlich der Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Anhand datenbasierter Rechercheergebnisse könne nachgewiesen werden, dass die Deutungshoheit über CETA und TTIP in der deutschen Politik zu Gunsten der Abkommensgegner ungleich verteilt sei. Matthias Bauer spricht weiter von einer „professionell orchestrierten Desinformationskampagne, die bereits vor der Eröffnung der TTIP-Verhandlungen von langjährig supervernetzten Politikern und erfahrenen Kampagnenmanagern verschiedener zivilgesellschaftlicher, umweltpolitischer und kirchlicher Organisationen professionell in Gang gesetzt wurde.“

In polemischer Weise wird den politischen Parteien [DIE LINKE](#), [Grünen](#) sowie der [SPD](#) unterstellt, insbesondere im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf 2017 TTIP-Gegner zu mobilisieren und gemeinsam mit ihren Stiftungen in den vergangenen 3 Jahren „mehrere Millionen Euro in offensiv beworbene Protestkampagnen“ investiert zu haben. Dabei handele es sich um Aktionen, die sich „gegen moderne, diskriminierungsfreie und vor allem politisch bestimmte Globalisierungsregeln richteten.“

Im selben Atemzug vergleicht Bauer die Anti-TTIP-Bewegung mit der rechtsgerichteten Pegida-Bewegung. Genau wie diese bedienten sich die Abkommensgegner einer selektiven und simplifizierenden Sprache. Diese diene dazu, „empirisch erwiesene Fakten mittels Spekulationen und gezielt verbreiteten Mythen“ zu verschleiern. In diesem Zusammenhang rät ECIPE, den Stimmen der Abkommenskritiker kein allzu großes Gehör zu schenken.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

ECIPE wird durch einen Vorstand von Treuhändern verwaltet, denen auch die finanzielle Steuerung obliegt. Des Weiteren ist ein mit Akademikern und Praxisexperten besetztes Kuratorium mit der aktiven Leitung und Unterstützung der Forschungsprogramme betraut. Einige der europäischen Mitglieder des Kuratoriums gehören wiederum einem Führungskomitee an, das regelmäßig Projekte und aktuelle Entwicklungen bespricht.^[7]

Vorsitzende und Gründer

Frederik Erixon:

- 2010 von der Financial Times als einer der 30 einflussreichsten Personen in Brüssel ausgezeichnet
- ehem. Berater der britischen Regierung und Wirtschaftsvorstand beim schwedischen wirtschaftsliberalen Think Tank [Timbro](#)
- Berater verschiedener Regierungen in und außerhalb von Europa
- arbeitete als Ökonom für die [Weltbank](#) und [JP Morgan](#)

Razeen Sally:

- Professor an der Lee Kuan Yew School of Public Policy an der National University of Singapore
- Vorsitzender des [Institute of Policy Studies](#) in Sri Lanka
- Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- Tätigkeiten als forschendes und beratendes Mitglied in verschiedenen Think Tanks in den USA, Europa, Asien und Afrika

Lenkungsausschuss

[Patrick Messerlin](#) (Vorsitzender), Professor am Sciences Po Paris; [Roderick Abbott](#), ehemaliger Deputy Director General der WTO; [Ulf Dinkelspiel](#), ehemaliger Handelsminister Schwedens; [Lars Anell](#). Stand: Dezember 2016.^[8]

Finanzen

Nach eigenen Angaben wird ECIPE durch die [Swedish Free Enterprise Foundation](#) finanziert, begrüßt jedoch auch jegliche finanzielle Unterstützung durch Privatpersonen, Stiftungen und andere Organisationen, „welche die Ideen von ECIPE zu Gunsten einer offenen Weltwirtschaft und freiem Handel teilen“^[9] Die [Swedish Free Enterprise Foundation](#) ist 2003 von der [Confederation of Swedish Enterprise](#) (Dachverband von 50 schwedischen Arbeitgeber- und Industrieverbänden) und dem "Näringslivets fond" (der Vorgängerorganisation der [Swedish Free Enterprise Foundation](#)) gegründet worden.^{[10][11]}

Davon abgesehen gibt ECIPE jedoch keine weiteren Auskünfte hinsichtlich der ihr zur Verfügung stehenden Gelder. Auch auf Anfrage von [LobbyControl](#) an den Vorsitzenden von ECIPE, Frederik Erixon, war die Organisation nicht gewillt, weitere Informationen über ihre Finanzaufstellung sowie Spenden- und Fördermitglieder zu geben.^[12]

Kurzdarstellung und Geschichte

ECIPE wurde im Jahr 2006 von [Razeen Sally](#) und dem schwedischen Ökonom [Frederik Erixon](#) gegründet.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [ECIPE-Research](#), ECIPE-Webseite, abgerufen am 07.10.2016
2. ↑ [Five Freedoms Project](#), ECIPE-Website, abgerufen am 07.10.2016
3. ↑ [Jacob Wallenberg](#), new.abb.com, abgerufen am 05.11.2016
4. ↑ [Members](#), ert.eu, abgerufen am 05.11.2016
5. ↑ [Korea-Project](#), ECIPE-Website, abgerufen am 07.10.2016
6. ↑ [Esharp: External Action Time to challenge \(German-based\) anti-TTIP propaganda organisations](#), Matthias Bauer, September 2016, abgerufen am 12.10.2016
7. ↑ [ECIPE About Us](#), abgerufen am 07.10.2016
8. ↑ [ECIPE Steering Committee](#), abgerufen am 19.12.2016
9. ↑ [ECIPE About Us Organisation, governance and funding](#), abgerufen am 07.10.2016
10. ↑ [Stiftelsen Fritt Näringsliv](#), frittnaringsliv.se, abgerufen am 07.11.2016
11. ↑ [Therefore, the Confederation of Swedish Enterprise](#), svensktnaringsliv.se, abgerufen am 07.11.2016
12. ↑ Email von LobbyControl an Frederik Erixon am 11.10.2016

European Roundtable of Industrialists

Der **European Roundtable of Industrialists** (ERT) (dt.: Europäischer Runder Tisch der Industriellen) ist eine einflussreiche Lobbygruppe, die sich aus leitenden Geschäftsführern und Vorständen von 50 der größten transnationalen Unternehmen innerhalb der Europäischen Union zusammensetzt. Damit sind im ERT Konzerne mit europaweit insgesamt ca. 6,6 Millionen Angestellten und einem Gesamtumsatz von über 1 Billion Euro vertreten.^[1] Nach eigenen Angaben war und ist das Kernthema des ERT die Sicherung, Vertiefung und Erhaltung des europäischen Binnenmarkts sowie der gesamteuropäischen Wettbewerbsfähigkeit.^[2]

European Roundtable of Industrialists (ERT)



Rechtsform internationaler gemeinnütziger Verein nach belgischem Recht (a.i.s.b.l.)

Tätigkeitsbereich Vertretung von Arbeitgeberinteressen

Gründungsdatum 07.04.1983

Hauptsitz

Brüssel

z

Lobbybüro

**European Roundtable of Industrialists
(ERT)**

ro

Lobbybü 18A Place des Carabiniers, 1030

ro EU Brussels

Webadre ert.eu

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	6
2 Organisationsstruktur und Personal	7
2.1 Vorsitzender des ERT	7
2.2 Stellv. Vorsitzende des ERT	7
2.3 Struktur des ERT	7
2.4 Verbindungen	8
3 Finanzen	9
4 Lobbystrategien und Einfluss	9
5 Fallstudien und Kritik	10
6 Weiterführende Informationen	11
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
8 Einzelnachweise	11

Kurzdarstellung und Geschichte

**Lobbyismus
in der EU**



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Der European Roundtable of Industrialists wurde am 6./7. April 1983 von 17 Geschäftsleuten und Industriellen in Paris gegründet.^[3] Pehr Gyllenhammar, damaliger Chef des Automobilkonzerns Volvo, war die treibende Kraft hinter der Initiative und nach deren Gründung der erste Vorsitzende. Offizielles Ziel der beteiligten Unternehmen war es die Regierungen der europäischen Nationalstaaten auf die „desolate Lage der europäischen Wirtschaft“ aufmerksam zu machen. Die Mitglieder des ERT konstatierten der europäischen Wirtschaft eine mangelnde Dynamik, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA und Japan.^[4] Der ERT gründete sich nach eigener Aussage, um der in den Verträgen von Rom in Aussicht gestellten Perspektive eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes neuen Antrieb zu geben.

Unter den Gründungsmitgliedern befanden sich weiterhin die Geschäftsführer bzw. Vorstandsvorsitzenden von u.a. Thyssen, Siemens, Fiat, Shell, Philips, Renault und Nestlé. Von Beginn an unterhielt der ERT dabei enge Kontakte zur Europäischen Kommission und zu einzelnen Kommissaren. Vor allem bei dem Kommissar für Industrie und Binnenmarkt Etienne Davignon stieß der ERT auf offene Ohren.^[5]

Das übergeordnete Anliegen der ERT-Gründungsmitglieder war es nach eigener Aussage den „Wettbewerb und die Wettbewerbsfähigkeit auf gesamteuropäischer Ebene“ zu fördern.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Vorsitzender des ERT

- **Benoît Potier** (seit 2014)^[7], Vorstandsvorsitzender von **Air Liquide** (seit 2006)^[8]. Potier ist ebenfalls Vorstandsmitglied bei **Danone**, **Michelin** und unterschiedlichen französischen Industrie Verbänden.^[9]

Stellv. Vorsitzende des ERT

- **Nils S. Andersen**, Vorstandsvorsitzender des dänischen Konzerns A.P. Moller - **Maersk**^[10]
- **Vittorio Colao**, Vorstandsvorsitzender der **Vodafone** Group

Struktur des ERT

Der ERT hat 50 Mitglieder von europäischen Großkonzernen, 45 davon aus Mitgliedsstaaten der EU. Unter den Mitgliedern befinden sich folgende deutsche Mitglieder:

- **Kurt Bock**, Vorstandsvorsitzender der **BASF**, Vizepräsident des **Verband der Chemischen Industrie (VCI)**, Präsident des europäischen Chemieverbands **European Chemical Industry Council (CEPIC)** und des Weltchemieverbands **International Council of Chemical Associations (ICCA)**, Stellv. Vorsitzender des Förderkreises Wissenschaft und Praxis am **Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)**
- **Marijn Dekkers**, Vorstandsvorsitzender von **Bayer**
- **Heinrich Hiesinger**, Vorstandsvorsitzender von **ThyssenKrupp**
- **Timotheus Höttges**, Vorstandsvorsitzender **Deutsche Telekom**
- **Joe Kaeser**, Vorstandsvorsitzender von **Siemens**
- **Norbert Reithofer**, Vorstandsvorsitzender der **BMW** Group, Mitglied des Gemeinsamen Beirats der **Allianz** Gesellschaften
- **Kasper Rorstedt**, Vorstandsvorsitzender **Henkel**
- **Bill McDermott**, Vorstandssprecher der **SAP**
- **Johannes Teysen**, Vorstandsvorsitzender von **E.ON**, Präsident von **Eurelectric** (Interessenvertretung der europäischen Elektrizitätswirtschaft), Mitglied des Präsidiums des **Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)**, Aufsichtsratsmitglied der **Deutsche Bank**

(Stand: Juli 2015) Quelle: ^[11]

- Zweimal im Jahr treffen sich die Mitglieder des ERT persönlich zu sogenannten Plenarsitzungen, auf welchen sowohl die inhaltlichen Schwerpunkte und Prioritäten des ERT festgelegt werden, als auch über die Einsetzung und Arbeit von Arbeitsgruppen beraten und entschieden wird. Einige Arbeitsgruppen des ERT werden von Top-Managern großer Unternehmen, wie **Siemens**, **Nestlé** oder **Lafarge**, geleitet. In diesen werden Positionspapiere erarbeitet.
- Der Vorsitzende bildet zusammen mit seinem Stellvertreter, seinem direkten Vorgänger und fünf gewählten Mitgliedern das sogenannte **Steering Committee** (dt.: Lenkungs Komitee). Dieses überblickt und kontrolliert die Tätigkeiten des ERT und seiner Arbeitsgruppen und schlägt Inhalte für die Plenarsitzungen vor.^[12]
- Der ERT unterhält ein Büro in Brüssel, welches von einem Generalsekretär geleitet wird.^[13] Seit Juni 2012 ist **Brian Ager**, ein sehr erfahrener Lobbyist, Generalsekretär des ERT.^[14] Kontakte zu den Spitzenpolitikern stellt das Sekretariat auch über das Brüsseler **Siemens**-Büro her, dessen Leiter **Peter Witt** zuvor stellvertretender deutscher EU-Botschafter war.^{[15][16]}

Ehemalige Vorsitzende des ERT:

- 2009-2014 Leif Johansson, **Ericsson**
- 2005-2009 Jorma Ollila, **Nokia**
- 2001-2005 Gerhard Cromme, **ThyssenKrupp**
- 1999-2001 Morris Tabaksblat, **Reed Elsevier**
- 1996-1999 Helmut Maucher, **Nestlé**
- 1992-1996 Jérôme Monod, **Suez Lyonnaise des Eaux**
- 1988-1992 Wisse Dekker, **Philips**
- 1983-1988 Pehr Gyllenhammar, **Volvo**

Quelle: ^[17]

Verbindungen

- Der European Roundtable of Industrialists unterhält seit seiner Gründung enge Beziehungen zur **EU-Kommission**.^[18]
- Nach eigenen Angaben arbeitet der ERT von jeher eng mit dem europäischen Arbeitgeberverband **BusinessEurope** zusammen.^[19]
- Weiterhin wird mit Lobbyinstitutionen kooperiert, bei denen sich die Mitgliedschaften überlappen:
 - **EU-Russia Industrialists' Round Table** (IRT)
 - **European Policy Centre** (EPC)
 - **Transatlantic Business Dialogue** (TABD)
 - **Transatlantic Policy Network** (TPN)
 - **World Business Council for Sustainable Development** (WBCSD)
 - **JAYE - European Climate Foundation**
 - **Atomium Culture**

Quelle:^[20]

- Ferner gründete der ERT über die Zeit mehrere Institute und Initiativen, um Inhalte gezielt und themenspezifisch platzieren zu können. So wurde 1994 das **European Centre for Infrastructure Studies** (ECIS) (dt.: Europäisches Zentrum für Infrastrukturstudien) gegründet, welches jedoch drei Jahre später wieder aufgelöst wurde. Weiterhin gründete der ERT das **European Centre for Infrastructure Studies** sowie die **Association for the Monetary Union of Europe** (dt.: Die Vereinigung für die europäische Währungsunion)^[21]

Finanzen

Der ERT wird ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge der Konzerne bzw. Einzelmitglieder finanziert. Im **Transparenzregister der EU** gibt der ERT an 700.000 - 800.000 € im Jahr 2011 für direkten Lobbyismus in den Institutionen der Europäischen Union ausgegeben zu haben. Die Zahlen wurden bis heute nicht weiter aktualisiert.^[22]

In diesen Zahlen sind allerdings weder die Ausgaben der Mitglieder und Mitgliedsunternehmen eingerechnet, welche anfielen um an den Veranstaltungen des ERT teilzunehmen, noch die separaten jährlichen Ausgaben der einzelnen Konzerne für ihre eigenen Lobbyaktivitäten. Ebenso wenig sind die Lobbyausgaben der zahlreichen ERT-Ableger und nahestehenden Organisationen enthalten.^[23]

Lobbystrategien und Einfluss

Nach eigenen Angaben versucht der European Roundtable of Industrialists insbesondere über Studien, Positionspapiere und Vieraugengespräche auf politische Entscheidungsträger der nationalen bzw. europäischen Ebene Einfluss zu nehmen.^[24] Auf europäischer Ebene werden gezielt Mitglieder der **Europäischen Kommission**, des **Europäischen Rats**, des **Rats der Europäischen Union** (Ministerrat) sowie Abgeordnete des **Europäischen Parlaments** vom ERT adressiert. Auch auf den nationalen Ebenen der verschiedenen Staaten versuchen die ERT-Mitglieder direkten Einfluss auf Regierungsmitglieder und Parlamentarier zu nehmen, und versorgen Medien und Meinungsmacher sowie potentielle Interessenverbündete mit vorgefertigten Informationen.^[25] Der ERT rühmt sich selbst damit, „hervorragende Analysen und intelligente Argumente“ zu liefern.^[26]

Der ERT selbst verfügt über keine beim EU-Parlament akkreditierten Mitarbeiter, welche zu diesem zugangsberechtigt sind (Stand: Januar 2014).^[27] Der ERT nimmt vielmehr über die Gründung von themenfokussierten Instituten und Initiativen Einfluss auf politische Entscheidungsträger, Prozesse und allem voran Inhalte. Diese werden entweder durch den ERT selbst gegründet oder indirekt durch dessen Mitgliedsunternehmen. Es gehört zur Strategie des ERT und seiner Schwesterorganisationen jährlich eine Vielzahl an Publikationen in Form von Studien, Positionspapieren und Handlungsempfehlungen zu veröffentlichen um somit nicht nur Druck auf Akteure auszuüben, sondern auch Inhalte gezielt zu beeinflussen.

Die expliziten Ziele des ERT sind:

- Vertiefung und Sicherstellung des europäischen Binnenmarktes
- ein kontinentales Verkehrsinfrastrukturnetz
- leistungsfähige Bildungssysteme
- die Reform der Rentensysteme

- die Liberalisierung der Versorgungswirtschaft und
- ein flexibler Arbeitsmarkt.

Quelle:^[28]

Weiterhin will der ERT die Abschaffung von Reglementierungen bzw. deren Vereinheitlichung auf europäischer Ebene erreichen. Nach eigenen Angaben war der ERT maßgeblich an der Initiierung des Eurotunnels, des europaweiten Fern- und Schnellzugschienennetzes, sowie der Erweiterung des transskandinavischen Straßen- und Schienennetzes sowie dessen Verbindung mit dem Norden Deutschlands beteiligt.^[29]

Fallstudien und Kritik

- Das Netzwerk ALTER-EU, dem LobbyControl angehört, hat am 27. Juli 2015 eine Beschwerde eingereicht, da die Angaben des ERT im EU-Lobbyregister unglaubwürdig sind.^[30]
- Der ERT fordert in einem im Januar **2012** erschienen Positionspapier, zum „Wohle der Wettbewerbsfähigkeit“ europäischer Konzerne sämtliche staatlichen Regulierungen und Auflagen für privatwirtschaftliche Unternehmen, welche sich im Implementierungs- bzw. politischen Entscheidungsprozess auf EU-Ebene befinden und keinen erwiesenermaßen positiven Effekt auf das wirtschaftliche Wachstum haben, sofort außer Kraft zu setzen. Weiterhin sollen alle bereits existierenden staatlichen Regulierungen hinsichtlich ihrer „wachstumshemmenden“ Auswirkungen untersucht werden. Wobei am Ende jene gestrichen werden müssten, die nicht im Sinne freien Wirtschaftswachstums stehen und deren Wegfall keine „grundlegenden Schutzmechanismen“ berühren. Weiterhin fordert der ERT die Einsetzung eines „unabhängigen Überprüfungsmechanismus“, d.h. einer Kommission, welche jedes gesetzliche Vorhaben, welches für europäische Unternehmen verbindlich werden soll, im Vorhinein bezüglich der Nützlichkeit hinsichtlich wirtschaftlichen Wachstums untersucht sowie die für die Unternehmen daraus resultierenden Kosten kalkuliert. Eine Bewertung gesetzlicher Initiative müsste nach dem Kriterium der wirtschaftlichen Wachstumsförderlichkeit erfolgen und eine Garantie enthalten, dass all jene politischen Vorhaben gestoppt werden, welche nicht im Interesse des Wirtschaftswachstums stehen.^{[31][32]}
- Die *Lissabon-Strategie*^[33] der EU ist ein im Jahr **2000** beschlossenes gemeinsames Programm der europäischen Staats- und Regierungschefs, mit dem Ziel die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Damit übernahm die EU direkt die lange zuvor erklärten Ziele des ERT und übernahm auch im Detail Forderungen des ERT, indem in der *Lissabon-Strategie* gefordert wurde „die Liberalisierung in Bereichen wie Gas, Strom, Postdienste und Beförderung zu beschleunigen“. Baron Daniel Janssen, damaliger Vorstandsvorsitzender des Chemiekonzerns **Solvay**, nannte diesen neuen Weg der EU eine „doppelte Revolution“: „reducing the power of the state and of the public sector in general through privatisation and deregulation“ und „transferring many of the nation-states' powers to a more modern and internationally minded structure at European level.“^[34]
- Die Nachfolgerin der *Lissabon-Strategie*, die sogenannte Strategie *Europa 2020*^[35], ist eine Neuauflage der Ziele aus dem Jahr 2000. Im März **2010** von der **Europäischen Kommission** vorgeschlagen, wurde diese im Juli des selben Jahres vom **Rat der Europäischen Union** - dem Gremium der Staats- und

Regierungschefs der Mitgliedstaaten - angenommen. Der ERT veröffentlichte im Februar des selben Jahres ein Positionspapier mit dem Namen *ERT's Vision for a competitive Europe in 2025*^[36], in welchem langfristige Ziele und Prioritäten genannt und konkrete politische Handlungsvorschläge gemacht wurden. Im Strategiepapier der Europäischen Kommission, *Europa 2020*, werden eben diese politischen Ziele und politischen Handlungen auch aufgeführt und vorgeschlagen, u.a. die Flexibilität des Arbeitsmarkts sowie Reformen die Sozialsysteme betreffend.^[37]

- *Corporate Europe Observatory* (CEO) kritisiert den großen Einfluss, den der ERT auf die Arbeit der sogenannten *Delors-Kommissionen* genommen hatte. Diese waren die ersten europäischen Kommissionen, unter dem EG-Präsidenten Jacques Delors. Von 1985-1994 erarbeiteten insgesamt drei Delors-Kommissionen die Grundlagen zur Schaffung des europäischen Binnenmarkts und der Währungsunion. In diesem Prozess nahm der ERT essenziellen Einfluss und konnte politische Inhalte entscheidend mitprägen. Weiterhin wurde über die einzelnen Mitgliedskonzerne Druck auf die nationalen Regierungen ausgeübt, um den europäischen Einigungsprozess zu beschleunigen. CEO kritisiert, dass der Einfluss des ERT auf Kosten einer angemessenen Regulierung und Bändigung der Marktkräfte, sowie zu Lasten eines „sozialen Europas“ gegangen ist.^[38]

Weiterführende Informationen

- [The Brussels Business](#), Trailer auf youtube.com zum Dokumentarfilm von Fritz Moser über den Einfluss von Konzernen und Lobbyisten im europäischen Einigungsprozess, Erscheinungsjahr 2012
- [Dr. Winfried Wolf - Hochgeschwindigkeit und Großprojekte](#), Vortrag auf youtube.com von Dr. Winfried Wolf, Verkehrsexperte, Publizist und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac-Deutschland, u.a. über den Einfluss des ERT auf die Politik der EU, vom 13.07.2011
- Jürgen Roth: Der European Round Table of Industrialists: die europäische Elite und einige ihrer Geheimnisse, in: Der stille Putsch Wie eine geheime Elite aus Wirtschaft und Politik sich Europa und unser Land unter den Nagel reißt, München 2014, S. 85 - 103

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Message from the new Secretary General, Brian Ager](#) ert.com, abgerufen am 10.04.2014
2. ↑ [About ERT - Milestones](#) www.ert.eu, abgerufen am 10.04.2014
3. ↑ [ERT Highlights](#), S. 7, abgerufen am 09.10.2014
4. ↑ [ERT Highlights](#), S. 6, abgerufen am 09.10.2014
5. ↑ [ERT Highlights](#), S. 7, abgerufen am 09.10.2014
6. ↑ [Publication: ERT Highlights](#), ERT structure, S. 9, Stand: 2010, abgerufen am: 10.04.2014
7. ↑ [Webseite ERT - About](#) abgerufen am 30.07.2015
8. ↑ [Webseite Air Liquide](#) abgerufen am 09.10.2014

9. ↑ [Financial Times](#) abgerufen am 09.10.2014
10. ↑ [Webseite ERT - Members](#) abgerufen am 30.07.2015
11. ↑ [Webseite ERT - Members](#) abgerufen am 30.07.2015
12. ↑ [About ERT - ERT Structure](#), ert.com, abgerufen am 12.04.2014
13. ↑ [Publication: ERT Highlights](#), ERT structure, S. 10, Stand: 2010, abgerufen am: 10.04.2014
14. ↑ [Message from the new Secretary General, Brian Ager](#), ert.com, abgerufen am 21.08.2012
15. ↑ [Jürgen Roth: Der stille Putsch](#), München 2014, S. 88
16. ↑ [Peter Witt wird neuer Leiter des Siemens-Verbindungsbüros in Brüssel](#), Presseerklärung der Siemens AG vom 14. Juli 2010, Webseite Siemens, abgerufen am 13. 4. 2014
17. ↑ [About ERT - Milestones and Chairmen](#) abgerufen am 01.02.2013
18. ↑ [Corporate Europe Observatory 2000: Europe Inc. Regional & Global Restructuring & the Rise of Corporate Power](#), Writing the Script: The European Roundtable of Industrialists, S. 22ff., abgerufen am 10.04.2014
19. ↑ [ERT highlights](#), S. 11, abgerufen am 09.10.2014
20. ↑ [Transparenzregister der EU](#), Eintrag des ERT vom 07.01.2014, abgerufen am 09.10.2014
21. ↑ [Corporate Europe Observatory 2000: Europe Inc. Regional & Global Restructuring & the Rise of Corporate Power](#), Writing the Script: The European Roundtable of Industrialists, S. 19, abgerufen am 20.08.2012
22. ↑ [Transparenzregister der EU](#), Eintrag des ERT vom 07.01.14, abgerufen am 09.10.2014
23. ↑ [Transparenzregister der EU](#), Eintrag des ERT vom 21.06.2012, abgerufen am 09.04.2014
24. ↑ [Publication: ERT Highlights](#), ERT Milestones, S. 11, Stand: 2010, abgerufen am: 09.10.2014
25. ↑ [Publication: ERT Highlights](#), ERT communications, S. 11, Stand: 2010, abgerufen am: 15.08.2012
26. ↑ [Publication: ERT Highlights](#), ERT Milestones, S. 13, Stand: 2010, abgerufen am: 15.08.2012
27. ↑ [Transparenzregister der EU](#), Eintrag des ERT vom 24.01.2012, aktualisiert am 7.01.2014, abgerufen am 15.04.2014
28. ↑ [Publication: ERT Highlights](#), ERT Milestones, S. 11, Stand: 2010, abgerufen am: 15.08.2012
29. ↑ [About ERT - Milestones](#), www.ert.eu, abgerufen am 15.08.2012
30. ↑ [<http://alter-eu.org/sites/default/files/documents/FINAL%20EUTR%20complaints%2027.7.15.pdf> 27 July 2015: ALTER-EU complaints to the EU transparency register regarding misleading entries], (pdf) Alter EU, 27. Juli 2015, zuletzt aufgerufen am 29.7.2015
31. ↑ [Creating growth in Europe](#), ERT Statement vom 12.01.2012, abgerufen am 20.08.2012
32. ↑ [The Roundtable goes for full conquest](#), corporateeurope.org Artikel vom 13.07.2012, abgerufen am 20.08.2012
33. ↑ [Europäischer Rat, 23. und 24. März 2000, Lissabon, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, I.5.](#), Website des Europäischen Parlaments, europarl.europa.eu, abgerufen am 22.08.2012
34. ↑ [The Pace of Economic Change in Europe](#), in: Tokyo 2000, The Annual Meeting of the Trilateral Commission, S. 77ff., abgerufen am 22.08.2012
35. ↑ [Europe 2020](#) Webseite der Europäischen Kommission, abgerufen am 22.08.2012
36. ↑ [ERT's Vision for a competitive Europe in 2025](#), ERT Website - Publications vom Februar 2010, abgerufen am 22.08.2012
37. ↑ [Europe's 2020 strategy: big business as usual](#), corporateeurope.org, Artikel von März 2010, abgerufen am 22.08.2012
38. ↑ [Europe Inc. in crisis - the EU's alliance with big business is a dead-end](#), corporateeurope.eu, Artikel vom 16.04.2012, abgerufen am 22.08.2012

Die Linke

Die Linke (Eigenschreibweise: DIE LINKE.)

Parteivorsitzende/r Katja Kipping und Bernd Riexinger

GeneralsekretärIn nicht vorhanden

Hauptsitz

Kleine Alexanderstraße 28, 10178
Berlin

Mitglieder 60.862 (36,39 % Frauenanteil)
(Stand: 31.12.2019)^[1]

Webadresse <http://www.die-linke.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen	13
1.1 Bundestagswahl 2017	13
1.2 Bundestagswahl 2013	14
1.3 Bundestagswahl 2009	14
2 Finanzierung	15
2.1 Top-Spender	15
2.2 Gesamteinnahmen	15
3 Seitenwechsler	16
4 Weiterführende Informationen	16
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
6 Einzelnachweise	16

Positionen

Bundestagswahl 2017

Die Linke engagiert sich seit langem für mehr Lobbykontrolle und geht dabei in mehreren Punkten weiter als die anderen Parteien. So hat Die Linke als einzige Partei das Thema „Lobbyismus an Schulen“ aufgegriffen und im Bundestag zum Thema gemacht.^[2] Auch im Wahlprogramm 2017 heißt es, Lobbyismus „in Schule und Unterricht“ solle unterbunden werden. In der vergangenen Wahlperiode hat Die Linke teilweise zusammen mit den Grünen zudem Parlamentarische Initiativen für ein Lobbyregister und für schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung eingebracht, die von der Großen Koalition jedoch abgeschmettert wurden.^[3]

In ihrem Wahlprogramm findet sich ein ganzer Katalog von Forderungen zur Lobbyregulierung, darunter die nach einem verpflichtenden Lobbyregister und nach einer verbindlichen Sperrfrist von drei Jahren für Politiker/innen und Spitzenbeamte, die in Lobbyjobs wechseln wollen (**Karenzzeit**). Die Beschäftigung von Lobbyist/innen in Ministerien soll nicht nur wie jetzt eingeschränkt, sondern ganz untersagt werden.^[4]

Die Linke will zudem Abgeordneten in Vollzeit-Parlamenten wie dem Bundestag Nebentätigkeiten bei „Unternehmen und Lobbyorganisationen“ verbieten und fordert die Offenlegung der verbleibenden Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Außerdem will sie das Gesetz gegen Abgeordnetenbestechung weiter verschärfen.

Im Bereich Parteienfinanzierung fordert Die Linke, sowohl Parteisponsoring als auch Parteispenden von Unternehmen ganz zu verbieten. Für natürliche Personen soll eine Spenden-Obergrenze von 25.000 Euro gelten. In ihrer Bundessatzung hat sie festgelegt, selbst grundsätzlich keine Unternehmensspenden anzunehmen, wobei der Parteivorstand im Einzelfall Ausnahmen beschließen kann.^[5] Laut dem letzten vorliegenden Rechenschaftsbericht bekam Die Linke in 2018 Unternehmensspenden in Höhe von 2.228 Euro.

Bundestagswahl 2013

Die Linke geht im Kapitel V ihres [Bundestags-Wahlprogramms 2013](#) auf vielen Themen der Lobbyregulierung ein. Die Linke schlägt dort vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- eine Karenzzeit für Minister*innen und Staatssekretär*innen von 5 Jahren, in der nach dem Ausscheiden aus dem Amt keine Tätigkeit in Unternehmen aufgenommen werden darf, mit „deren wirtschaftlichen Interessen sie vorher befasst waren“
- Parteienfinanzierung: Hier wird im Wahlprogramm lediglich das Sponsoring erwähnt, das kein „Mittel der Einflussnahme“ sein solle. Forderungen zu Parteispenden finden sich nicht.
- eine Offenlegung von Nebeneinkünften auf Euro und Cent sowie ein Verbot für Abgeordnete, bei Unternehmen oder Lobbyorganisationen zu arbeiten
- Abgeordnetenbestechung stärker unter Strafe stellen
- ein Beschäftigungsverbot für Lobbyist*innen in Bundesministerien

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die 5 Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker*innen, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von [LobbyControl](#).^[6]

- Fazit von [LobbyControl](#) zur Stellungnahme der Linken

Die Linke teilt in vielen Punkten die Forderungen von [LobbyControl](#). Bei der Parteienfinanzierung sind sich die Linke und [LobbyControl](#) einig, dass die Gefahr des einseitigen Einflusses finanzstarker Spender*innen /Sponsor*innen minimiert werden muss. Hier gibt es allerdings unterschiedliche Vorstellungen über den richtigen Ansatz dazu. Ähnlich sieht es bei den Karenzzeiten für Spitzenpolitiker*innen aus. Hier setzt die Linke andere Schwerpunkte.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die 5 Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme gebeten. Sie sollten darüber Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker*innen, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[7]

Das Fazit von LobbyControl zu den Auskünften der Linken lautete: *Die Linke zeigt große Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, geht teilweise sogar darüber hinaus.* ^[8]

Finanzierung

Die Linke erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 24.638.863,04 Euro an Parteispenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 60.000 Euro von einem Verband. Seit 2015 nimmt die Linke laut Satzungsbeschluss grundsätzlich keine Spenden von Unternehmen mehr an. ^[9]

Top-Spender

Die Topspender der Linken in den Jahren 2014-2018 waren ausnahmslos Bundestagsabgeordnete der Partei selbst:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Krellmann, Jutta	142.869,02 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Hunko, Andrej	128.344 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Hubertus Zdebel	125.569 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Alexander Neu	123.964 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)
Jörg-Dieter Dehm-Desoi	123.263 €	Bei dieser finanziellen Zuwendung handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu Parteienfinanzierung)

Weitere Spender der Linken sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der Linken** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen: Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014		2013		2012	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	10,47	31,59	10,04	31,78	9,63	32,46	9,35	33,5	9,28	34,2	9,15	33,2	9,36	31,4
Mandatsträgerbeiträge	5,09	15,34	4,84	15,33	4,63	15,62	4,44	15,9	3,76	13,9	3,58	12,97	3,75	12,5
Spenden von natürlichen Personen	1,96	5,92	2,68	8,49	2,21	7,44	1,98	6,8	2,25	8,3	2,48	9,01	1,99	6,4
Spenden von juristischen Personen	0,00	0,01	0,00	0,01	0,00	0,01	0,00	0,01	0,035	0,13	0,85	0,31	0,03	0,12
Aus														

Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0	0	0,1	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Aus sonstigem Vermögen	0,03	0,10	0,03	0,11	0,08	0,27	0,11	0,42	0,14	0,51	0,17	0,61	0,33	0,11
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,21	0,63	0,26	0,84	0,27	0,99	0,25	0,99	0,24	0,94	0,24	0,88	0,24	0,88
Staatliche Mittel	14,42	43,5	12,2	38,6	11,52	38,83	10,96	39,2	10,7	39,5	11,14	40,4	12,2	41,2
Sonstige	0,96	2,91	1,42	4,5	0,7	1,32	4,47	3,3	0,7	2,7	0,72	2,63	2,0	6,6
Summe	33,15 Mio €		31,6 Mio €		29,67 Mio €		27,95 Mio €		27,2 Mio €		27,6 Mio €		29,8 Mio €	

Quellen:^[10]

Seitenwechsler

In der Übersicht [Seitenwechsler im Überblick](#) finden sich keine Politiker*innen der Partei Die Linke, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen.

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus



Einzelnachweise

1. ↑ [Die Linke Mitglieder](#), die-linke.de, abgerufen am 29.04.2020
2. ↑ [Kein Lobbyismus im Klassenzimmer: Überraschende Debatte im Bundestag](#), LobbyControl.de vom 04.10.2017, abgerufen am 29.04.2020
3. ↑ [Linke und Grüne wollen verpflichtendes Lobby-register einführen](#), bundestag.de, abgerufen am 29.04.2020
4. ↑ [Programm der Linken zur Bundestagswahl 2017, pdf \(1 MB\)](#), archiviert auf archive.org, abgerufen am 29.04.2020
5. ↑ [Bundessatzung der Partei Die Linke](#), archiviert auf archive.org, abgerufen am 29.04.2020

6. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 29.04.2020
7. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 29.04.2020
8. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 29.04.2020
9. ↑ [Beschluss der 3. Tagung des 4. Parteitages](#), abgerufen am 29.04.2020
10. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 30.04.2020

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitzende/r	Annalena Baerbock und Robert Habeck
GeneralsekretärIn	Michael Kellner
Hauptsitz	Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Mitglieder	ca. 107.000 (Stand: Dezember 2020) ^[1]
Webadresse	http://www.gruene.de

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen	17
1.1 Bundestagswahl 2017	17
1.2 Bundestagswahl 2013	18
1.3 Bundestagswahl 2009	19
2 Finanzierung	19
2.1 Top-Spender	19
2.2 Gesamteinnahmen	20
3 Seitenwechsler	20
4 Weiterführende Informationen	21
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
6 Einzelnachweise	21

Positionen

Bundestagswahl 2017

Die Grünen setzen sich aus der Opposition heraus seit vielen Jahren für eine stärkere Lobbykontrolle und mehr Transparenz ein. In der aktuellen Wahlperiode brachten sie gemeinsam mit der Linken einen Antrag zur Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters ein. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Großen

Koalition abgelehnt.^[2] Auch kritisierten die Grünen, dass bei der Reform des Parteiengesetzes Ende 2015 lediglich ein kleines Schlupfloch gestopft wurde und größere bekannte Missstände nicht angegangen wurden. Bei der Aufarbeitung des Cum/Ex-Steuerskandals engagierten sich die Grünen im parlamentarischen Untersuchungsausschuss stark und arbeiteten heraus, wie intransparente und einseitige Lobby-Einflussnahme das Problem verschärfte.

Bündnis 90/Die Grünen legen seit 2012 im Gegensatz zu CDU/CSU, SPD und FDP freiwillig offen, wie viel sie durch Sponsoring etwa bei Parteitagen einnehmen und woher das Geld stammt.

Die allgemein zu mehr Transparenz und Lobbykontrolle aufgeschlossene Haltung der Grünen spiegelt sich auch im Wahlprogramm wider. So fordern die Grünen ein verpflichtendes Lobbyregister sowie eine Legislative Fußspur, die konkrete Einflüsse auf die Gesetzesformulierung in den Ministerien sichtbar macht. Darüber hinaus sollen die Ausschüsse des Bundestages öffentlich tagen.^[3]

Bei der Parteienfinanzierung streben die Grünen eine Absenkung der Veröffentlichungsschwellen für Spenden an. Für Parteisponsoring sollen vergleichbare Regeln gelten. Zusätzlich soll es eine jährliche Obergrenze für Spenden geben. Spenden von Unternehmen oder Verbänden wären verboten. Sie könnten die Parteien demnach nur noch durch Sponsoring unterstützen, das dann aber immerhin transparent nachvollziehbar.

Bundestagswahl 2013

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von [LobbyControl](#).^[4]

- Fazit von [LobbyControl](#) zu den Auskünften von Bündnis90/Die Grünen

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von [LobbyControl](#). Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme gebeten. Sie sollten darüber Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[5]

- Das Fazit von LobbyControl zu den Auskünften der Grünen lautete:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[6]

Finanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 61.025.410,95 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 6.468.169,96 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Top-Spender

Im April 2021 erhielten die Grünen eine Rekord-Spende in Höhe von 1.000.000 € von einem Bitcoin-Investor. ^[7]

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2014-2018 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Jochen Wermuth	843.746,4 €	Spenden von Jochen Wermuth sowie von Wermuth Asset Management GmbH
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	780.001 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie, Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Daimler	200.000 €	
Leo Plank	90.800 €	
Allianz	150.000 €	
	150.	

Munic RE-Gruppe	000 €	Spenden der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG und der ERGO Versicherungsgruppe AG
-----------------	----------	---

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen /Jahr	2018		2017		2016		2015		2014		2013	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	11,3 4	23,4 2	9,7 8	22, 5	9,0 8	21,4 9	8,8 6	22,1 5	8,7 9	21,1 7	8, 7	21,7 3
Mandatsträgerbeiträge	9,9 6	20,5 3	9,7 3	22,3 9	9,7 4	23,0 3	9,6 3	24,0 9	9,1 5	23,0 6	8,9 9	22,3 8
Spenden von natürlichen Personen	4, 2	8,6 7	4,9 1	11,2 9	4,4 3	10,4 8	3,6 1	9,0 3	4,0 1	10,3 1	4,2 8	10,6 7
Spenden von juristischen Personen	0,6 6	1,3 6	0,9 6	2,2 1	0, 7	1,6 6	0,5 8	1,4 5	0,6 6	1,6 6	0, 7	1,7 4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0,00 1	0 0	0,00 05	0, 0	0,00 1	0 0
Aus sonstigem Vermögen	0, 0	0, 0	0,1 6	0,3 7	0,1 2	0,2 7	0,1 2	0,3 1	0,1 2	0,3 3	0,1 5	0,3 7
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8 5	1,7 5	0,6 8	1,5 6	0,8 9	2,1 1	0,6 5	1,6 3	0,6 3	1,5 9	0,0 8	2, 1
Staatliche Mittel	19,2 5	39,7 4	15,8 2	36,3 9	15,8 5	37,4 8	15,1 0	37,7 5	14,8 1	37,3 6	15,0 5	37, 5
Sonstige	1,4 7	3,0 4	1,4 3	3,2 9	1,4 7	4, 8	1,4 3	3,5 9	1,3 4	3,5 2	1, 4	3,5 1
Summe	48,44 Mio € 43,47 Mio € 42,27 Mio € 40,00 Mio € 39,67 Mio € 40,15 Mio €											

Quellen:^[8]

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Wer wir sind - Bündnis 90/Die Grünen](#), Website der Partei, abgerufen am 16.04.2021
2. ↑ [Kurzbericht: Bundestagsanhörung zum Lobbyregister](#) Webseite von LobbyControl vom 17.05.2016, abgerufen am 25.08.2017
3. ↑ [Programm von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl 2017](#), pdf (1,9 MB), abgerufen am 25.08.2017
4. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
5. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
6. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
7. ↑ [Grüne erhalten Rekord-Spende von Bitcoin-Millionär](#) DER SPIEGEL vom 14.04.2021, abgerufen am 16.04.2021
8. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.06.2019

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Saskia Esken](#) & [Norbert Walter-Borjans](#)

GeneralsekretärIn [Lars Klingbeil](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße
140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 419.340 (Stand: Dezember 2019)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen	22
1.1 Bundestagswahl 2017	22
1.2 Bundestagswahl 2013	23
1.3 Bundestagswahl 2009	23
2 Finanzierung	24
2.1 Top-Spender	24
2.2 Gesamteinnahmen	24
3 Seitenwechsler	25
4 Weiterführende Informationen	25
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
6 Einzelnachweise	25

Positionen

Bundestagswahl 2017

Die SPD ist beim Thema Lobbykontrolle deutlich offener als die Union. Allerdings hat sie sich besonders in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode allzu verhalten gezeigt, die Blockadehaltung der Union nur zaghaft kritisiert und – wie beim Lobbyregister – im Bundestag gegen ihre eigene Programmatik gestimmt. Positiv hervorzuheben ist, dass die SPD in den Koalitionsverhandlungen 2013 zwei Punkte gegen die Union durchsetzte:

- eine gesetzliche Abkühlphase, auch Karenzzeit genannt, für die Kanzlerin, Minister/innen sowie Parlamentarische Staatssekretär/innen vor einem Wechsel zu Unternehmen oder Verbänden sowie
- einen verschärften Straftatbestand für Abgeordnetenbestechung.

Zwar wollte auch die SPD eine Karenzzeit zunächst nur durch eine freiwillige Selbstverpflichtung regeln. Angesichts mehrerer spektakulärer Fälle von Seitenwechseln (z.B. Ronald Pofalla zur Deutschen Bahn AG, Dirk Niebel zu Rheinmetall) veränderte sich diese Haltung aber. Am Ende kam ein Gesetz heraus, das weiter ging als SPD und Union es zunächst angestrebt hatten – das aber immer noch nicht ausreicht, um fliegende Seitenwechsel in explizite Lobbyjobs ausnahmslos zu unterbinden.

Der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung weist immer noch deutliche Schwächen auf. Aber immerhin gelang es Deutschland damit, als letzter EU-Mitgliedsstaat die UN-Konvention gegen Korruption endlich umzusetzen – mehr als zehn Jahre nach ihrer Unterzeichnung durch Rot-Grün.

Im Herbst 2016 erschütterte der „Rent-a-Sozi“-Skandal die SPD und das Vertrauen vieler Wähler/innen. ZDF-Recherchen hatten enthüllt, dass eine SPD-Tochterfirma unter dem Deckmantel des „Sponsoring“ Lobbyist/innen gegen Geld vertrauliche Gespräche mit SPD-Spitzenpolitiker/innen anbot. Besonders peinlich war, dass auf der Verkaufsliste sogar Politiker standen, die ähnliche Praktiken der CDU („Rent-a-Rüttgers“) mit markigen Worten verurteilt hatten. Die bei der SPD-Firma Verantwortlichen mussten ihren Platz räumen, doch politische Konsequenzen blieben aus. Zwar kündigte die SPD an, eine gesetzliche Offenlegung des Sponsoring noch vor der Bundestagswahl durchzusetzen. Ihren schwachen Gesetzentwurf dazu brachte sie dann jedoch nicht einmal mehr ins Parlament ein.

Dasselbe Schicksal wurde dem Gesetzentwurf für ein Lobbyregister zuteil, den die SPD ebenfalls im Schatten der „Rent-a-Sozi“-Affäre erarbeitete. Dieser kann jedoch in qualitativer Hinsicht weit mehr überzeugen als die SPD-Vorschläge im Bereich Parteienfinanzierung. Die Forderung nach einem verpflichtenden Lobbyregister findet sich auch im SPD-Wahlprogramm. Dort verspricht die SPD zudem eine legislative Fußspur (von ihr „exekutive Fußspur“ genannt) und eine Offenlegung von Abgeordneten-Nebeneinkünften auf Euro und Cent. Im Bereich Parteienfinanzierung will die SPD Parteispenden auf 100.000 Euro pro Spender/in und Jahr begrenzen und Sponsoring in den Rechenschaftsberichten offenlegen.

Bundestagswahl 2013

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Parteisponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2] Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von [LobbyControl](#).^[3]

- Fazit von [LobbyControl](#) zur Stellungnahme der SPD

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von [LobbyControl](#) im Grundsatz. Bei einigen Punkten gibt es jedoch Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[4]

- Fazit von [LobbyControl](#) zu den Auskünften der SPD:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von [LobbyControl](#) zurück.^[5]

Finanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 64.600.542,43 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 17.523.913 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Top-Spender

Die Topspender der SPD in den Jahren 2014-2018 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	655.001 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie, Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Daimler	500.000 €	
Evonik Industries	430.000 €	
VCI Verband der Chemischen Industrie	315.500 €	
Ralf Pollmeier	286.242,52 €	Spenden von Ralf Pollmeier sowie Pollmeier Massivholz GmbH & Co. KG

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014		2013	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	53,77	31,19	51,71	31,12	49,26	31,42	49,58	30,62	49,98	30,89	49,56	30,21
Mandatsträgerbeiträge	26,29	15,25	26,29	15,79	25,61	16,34	25,42	16,21	24,46	15,11	23,62	14,35
Spenden von natürlichen Personen	7,9	4,57	11,38	6,85	8,99	5,74	8,02	5,12	12,58	7,77	12,05	7,33

Spenden von juristischen Personen	1,5	0,8	3,1	1,9	2,	1,3	2,	1,7	1,	1,2	2,	1,6
	2	8	7	1	1	4	9	7	9	9	5	0
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	7,4	4,	5,	3,1	2,1	1,3	2,1	1,3	2,1	1,3	3,	1,9
	0	3	3	9	8	9	8	9	3	2	2	3
Aus sonstigem Vermögen	7,3	4,2	6,8	4,1	6,5	4,	6,8	4,3	7,7	4,7	9,0	5,5
	9	9	5	2	8	2	0	4	1	6	9	2
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	9,9	5,8	11,6	7,0	10,8	6,9	12,3	7,8	12,7	7,9	15,2	9,2
	9	0	9	3	3	1	5	7	9	1	5	7
Staatliche Mittel	56,7	32,9	49,2	29,6	50,7	32,3	50,0	31,9	48,6	30,0	47,	29,1
	7	3	1	2	9	9	8	3	5	6	9	1
Sonstige	1,3	0,7	0,6	0,3	0,4	0,2	0,5	0,3	0,9	0,6	0,9	0,5
	6	9	1	7	2	7	8	7	9	1	6	8
Summe	172,39 Mio	166,14 Mio	156,79 Mio	156,84 Mio	161,83 Mio				164,6 Mio €			
	€	€	€	€	€				€			

Quellen:^[6]

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus



Einzelnachweise

1. ↑ [Mitgliederzahlen der politischen Parteien in Deutschland](#), statista.com, abgerufen am 14.04.2021
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

5. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
6. ↑ <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/parteienfinanzierung/rechenschaftsberichte> [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien], bundestag.de, abgerufen am 27.6.2019

Mont Pelerin Society

Die **Mont Pelerin Society** (MPS) ist ein weltweit aktives neoliberales Elitenetzwerk. In ihrer Selbstbeschreibung identifiziert die Gesellschaft neben dem Rückgang des politischen Liberalismus mehrere Hauptprobleme gegen die sie sich einsetzt: Die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates, die Macht von Gewerkschaften und Monopolen sowie ständige Inflationsgefahr.^[1]

Mont Pelerin Society	
Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	10. April 1947
Hauptsitz	Genf
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.montpelerin.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	26
2 Einfluss der Mitglieder	27
3 Einfluss der deutschen Mitglieder auf lobbyrelevante Organisationen	27
3.1 Vernetzung der Mitglieder	27
3.2 Erheblicher Einfluss der Mitglieder	30
4 Internationale Vernetzung	31
5 Organisationsstruktur und Personal	31
5.1 Board of Directors	32
5.2 Frühere Präsidenten	32
5.3 Mitglieder	32
6 Finanzierung	32
7 Einzelnachweise	32

Kurzdarstellung und Geschichte

Die MPS wurde am 10. April 1947 im Schweizer Dorf Mont Pelerin gegründet. Dort diskutierten auf Einladung [Friedrich August von Hayeks](#) 36 liberale Intellektuelle, darunter Karl Popper, [Walter Eucken](#) und Ludwig von Mises, über die Zukunft des Liberalismus und der Marktwirtschaft. Sie erörterten das Konzept des Neoliberalismus und einigten sich auf diesen Namen.

Die MPS, die als Verein in den USA (Illinois) eingetragen ist, entwickelte sich in der Folge zum bedeutendsten neoliberalen Netzwerk der Welt ca. 700 Mitgliedern (Stand 2012).^[2] In der MPS finden sich unterschiedliche neoliberale und neokonservative Positionen: Vertreter des Anarchokapitalismus, der Chicago Law School, der Chicago School of Economics, der Entwicklungstheorie, der Freiburger Schule, der Humankapitaltheorie, der Libertarians, der London School of Economics, der Österreichischen Schule für Nationalökonomie, der Public Choice School, der Transaktionskostentheorie und anderer Schulen oder Theorien.^[3] Geteilte Ziele sind der möglichst freie Markt, freies Unternehmertum, weniger Staatsausgaben (insbesondere im sozialen

Bereich) sowie weniger Einfluss für die Gewerkschaften. Das Staatsverständnis reicht von der Forderung nach Abschaffung des Staates bis zur Billigung marktconformer Staatseingriffe. Gegner ist alles, was sozialistisch bzw. kollektivistisch verstanden wird, worunter u. a. der Keynesianismus, Feminismus, ökologische und soziale Bewegungen sowie die Theologie der Befreiung fallen^[4] Einige Mitglieder gehören zu den Leugnern des Klimawandels und unterstützen klimaskeptische Organisationen.

Insbesondere auf den Treffen, die mindestens einmal jährlich stattfinden, werden Meinungen ausgetauscht, Konzepte erörtert, "Seilschaften" gepflegt und neoliberale Denkfabriken vernetzt.

Einfluss der Mitglieder

Mitglieder der MPS hatten einflussreiche Positionen inne. Nach eigenen Angaben sind einige sogar Präsidenten oder Regierungschefs geworden, darunter Ludwig Erhard (Deutschland), Luigi Einaudi (Italien), Mart Laar (Estland), Ranil Wickremasinghe (Sri Lanka) und Vaclav Klaus (Tschechische Republik).^[2] Minister waren z.B. Sir Geoffrey Howe (britischer Schatzkanzler und Außenminister), Antonio Martino (italienischer Außen- und Verteidigungsminister), Ruth Richardson (neuseeländische Finanzministerin) und George Shultz (US-amerikanischer Arbeits-, Finanz- und Außenminister).

Eines der Mitglieder mit großem politischen Einfluss in Deutschland ist [Lars P. Feld](#), Leiter des marktradikalen [Walter Eucken Institut](#). Er ist u.a. Vorsitzender des [Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#).

Einfluss der deutschen Mitglieder auf lobbyrelevante Organisationen

Vernetzung der Mitglieder

Die Mont Pelerin Society veröffentlicht auf ihrer Webseite kein Verzeichnis ihrer Mitglieder. Ein Verzeichnis der Mitglieder im Jahre 2010 findet sich auf [DeSmogBlog](#)^[5] Von den dort aufgeführten deutschen Mitglieder sind verstorben: Roland Baader, Ernst Heuss, Erich Hoppmann, Hermann May, Otto von Habsburg und Hans Willgerodt. Nach allgemein zugänglichen Informationen sind seit 2010 neu hinzugekommen: Peter Jungen^[6], [Marc Oliver Hartwich](#)^[7] und [Jan Schnellenbach](#)^[8] (diese Ergänzung ist möglicherweise nicht vollständig). Danach gab es 2015 die folgenden deutschen Mitglieder, deren Vernetzung mit lobbyrelevanten Organisationen angegeben ist:

- [Charles B. Blankart](#)
 - Mitglied des Wissenschaftlichen [Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#)
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Vorstands
 - [Open Europe Berlin](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [European Center for Public Choice](#), Mitglied des Vorstands
 - [Institut Constant de Rebecque](#) und [Liberales Institut Zürich](#) Mitglied des Akademischen Beirats
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#) Mitglied des Strategischen Beirats Beirats
- Alfred Bosch, ehem. Geschäftsführer [Walter Eucken Institut](#)
- [Hardy Bouillon](#)
 - [Public Partners](#), Inhaber
 - [New Direction](#), Stellv. Direktor
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Strategischen Beirats
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Beirats

- [Liberales Institut Zürich](#), Mitglied des Beirats
- [Hayek Institut Wien](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Auswahlausschusses
- Meinolf Dierkes, ehem. Präsident Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
- Barbara Dluhosch, Professorin an der Helmut Schmidt Universität, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Detmar Doering](#)
 - [Liberales Institut](#) der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Leiter
 - [Liberales Institut Zürich](#), Mitglied des Akademischen Beirats
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Strategischen Beirats
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Beirats
 - [John Stuart Mill Institut](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Lars P. Feld](#)
 - [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), Vorsitzender
 - [Walter Eucken Institut](#), Leiter
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), Sprecher "Kronberger Kreis"
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [ECONWATCH](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats
 - [Wirtschaftsrat der CDU](#), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied
 - [European Public Choice Society](#), ehem. Präsident
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), bis 7/2015 Mitglied
- [Wolfram Fischer](#), emeritierter Professor an der Freien Universität Berlin
- [Gerd Habermann](#)
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Vorstandsvorsitzender
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Strategischen Beirats
 - [Deutsche Stiftung Eigentum](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Walter Hamm](#), ehem. Mitglied "Kronberger Kreis" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- [Marc Oliver Hartwich](#)
 - [New Zealand Initiative](#), Direktor
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Fellow "Research Team"
 - [Atlas Network](#), Mitarbeiter^[9]
- [Uwe Johannsen](#), ehem. leitender Mitarbeiter der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- [Karen Horn](#)
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Vorstands
 - [Walter Eucken Institut](#), Stellv. Vorsitzende des Kuratoriums
 - [Open Europe Berlin](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), bis 7/2015 Mitglied des Vorstands
 - [Liberales Institut Zürich](#), Mitglied des Akademischen Beirats
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Strategischen Beirats
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [John Stuart Mill Institut](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Council on Public Policy](#), Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Vertrauensdozentin

- **Peter Jungen**
 - Peter Jungen Holding GmbH, Geschäftsführer
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied des Kuratoriums
 - Europäische Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP), Präsident
 - [European Enterprise Institute](#), Gründungspräsident
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Vorstands
 - MENA-OECD Enterprise Financing Network, Mitglied
- Hartmut Kliemt, Professor für Philosophie und Ökonomik an der Frankfurt School of Finance and Management und bis 7/2015 Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- Burkhard Koch
 - IQ International Consulting, Geschäftsführer
 - German American Business Association (GABA), Co-Chair Clean Tech Industry Group
- Hanns Otto Lenel
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
- **Wernhard Moeschel**
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des Vorstands
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), ehem. Mitglied "Kronberger Kreis"
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), ehem. Stiftungsrat
- H. G. Monissen, emeritierter Professor für Volkswirtschaft
- Isabel Muehlfenzl
 - ehem. Wirtschaftsjournalistin beim Bayerischen Rundfunk
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- **Wolfgang Mueller**
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Vorstands
 - [Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#), Generalsekretär
- Markus Rothkopf
- **Holger Schmieding**, Chef-Volkswirt der [Berenberg Bank](#)
- **Jan Schnellenbach**
 - Professor für VWL an der Brandenburgisch Technischen Universität Cottbus-Senftenberg
 - [Walter Eucken Institut](#), Affiliated Fellow
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#), Mitglied
- **Joachim Starbatty**
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats und ehem. Vorsitzender
 - [Open Europe Berlin](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
 - [Alternative für Deutschland](#), Europaabgeordneter und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- **Manfred E. Streit**
 - Max Planck Institut Ökonomik in Jena, Professor Emeritus
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- **Roland Tichy**
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Vorsitzender des Vorstands
 - [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), ehemaliges Vorstandmitglied
- Ulrich Van Lith, Leiter des Rhein-Ruhr-Instituts für Wirtschaftspolitik

- **Viktor Vanberg**
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), ehem. Stiftungsrat
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [European Internet Forum](#), Mitglied
- **Roland Vaubel**
 - [Alternative für Deutschland](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Liberales Institut Zürich](#), Mitglied des Akademischen Beirats
 - [Institute of Economic Affairs](#), Mitglied des Beirats
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- **Christian Watrin**
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats
 - [Institut für Wirtschaftspolitik](#), ehem. Direktor
- **Christoph Watrin**, Direktor des Institut für Unternehmensrechnung und -besteuerung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
- **Erich Weede**
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Stiftungsrat
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Gründungsmitglied
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
- Patrick Welter, Wirtschaftskorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
- Ekkehard Wenger, Professor für Bank- und Kreditwirtschaft an der Universität Würzburg
- **Michael Wohlgemuth**
 - [Open Europe Berlin](#), Direktor
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), bis 7/2015 Stellv. Vorsitzender des Vorstands
 - [Jenaer Allianz](#), Sprecher
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
 - [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), Mitglied des Ordnungspolitischen Beirats
- Artur Woll, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre
- **Michael Zöller**
 - [Council on Public Policy](#), Vorsitzender
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
 - [John Stuart Mill Institut](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Walter-Raymond-Stiftung](#) der Arbeitgeber, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats

Erheblicher Einfluss der Mitglieder

Es ist davon auszugehen, dass Mitglieder einen erheblichen Einfluss auf lobbyrelevante Organisationen (Denkfabriken, Stiftungen, Verbände, Beratungsgremien) haben, wenn sie Leiter einer Organisation sind oder mindestens drei Mitglieder in Gremien einer Organisation (Vorstand, Präsidium, Kuratorium, Stiftungsrat, Beirat) vertreten sind. Nach dieser Definition verfügten im Herbst 2015 Mitglieder der Mont Pelerin Society in folgenden Organisationen über einen erheblichen Einfluss:

- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft/Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (Partner: [Atlas Network](#))

- Ludwig-Erhard-Stiftung
- Walter Eucken Institut (Partner: Atlas Network)
- Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
- Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung (Partner: Atlas Network)
- Die Familienunternehmer - ASU
- John Stuart Mill Institut
- Institut für Unternehmerische Freiheit (Partner: Atlas Network)
- Open Europe Berlin (Partner: Atlas Network)

Internationale Vernetzung

Nach Angaben von DeSmogBlog hatte die MPS im Jahr 2010 fast 500 Mitglieder aus 52 Ländern mit dem Schwerpunkt USA und Großbritannien.^[10] 2012 war die Mitgliederzahl auf 699 gestiegen.^[2] Zu den einflussreichsten Mitgliedern gehört [Charles G. Koch](#), der US-Milliardär, der gemeinsam mit seinem Bruder David Millionen Dollar an Denkfabriken spendet, die den Umweltschutz bekämpfen und den Klimawandel leugnen. Ein Großteil der Mitglieder ist in Denkfabriken aktiv, bei denen es sich in Wirklichkeit vielfach schlicht um finanzstarke Lobby-Gruppen handelt. Eine davon ist die [Heritage Foundation](#) in Washington, die für niedrige Steuern kämpft, eine andere das von [Charles G. Koch](#) gegründete [Cato Institute](#), das sich im Auftrag seiner Finanziere gegen jedwede Form von Klima-Politik einsetzt.^[11] Weitere Mitglieder sind führende Repräsentanten der folgenden Organisationen:

- [Acton Institute](#)
- [Reason Foundation](#)
- [American Enterprise Institute](#)
- [Wall Street Journal](#)
- [Adam Smith Institute](#)
- [CIVITAS](#)
- [Institute for Economic Affairs](#)
- [Atlas Network](#) (frühere Bezeichnung: Atlas Economic Research Foundation)

Organisationsstruktur und Personal

Die MPS ist eine lose assoziierte Vereinigung von einflussreichen Personen ähnlicher ideologischer Ausrichtung, in der sämtliche Ämter ehrenamtlich ausgeführt werden. Sie verfügt über keine eigenen Büros oder Angestellte. Ihre Tätigkeit beschränkt sich auf die Veranstaltung von Seminaren und Kolloquien. Die Kontaktadresse lautet: The Mont Pelerin Society, c/o Probasco Distinguished Chair of Free Enterprise, The University of Tennessee at Chattanooga, 313 Fletcher Hall, Dept. 6106, 615 McCallie Avenue, Chattanooga.

Für eine Mitgliedschaft müssen die folgenden Bedingungen erfüllt sein: Empfehlung durch zwei Mitglieder, Abgabe eines Lebenslaufs, Erläuterung der Gründe für eine Mitgliedschaft, Teilnahme an mindestens einer Veranstaltung der Gesellschaft.^[12] Die Entscheidung über die Mitgliedschaft trifft der Vorstand („Board of Directors“).

Board of Directors

Das Leitungsgremium ist der "Board of Directors", der sich im Zeitraum 2018- 2020 wie folgt zusammensetzt.^[13]

- Präsident: John B. Taylor, ehemaliger Staatssekretär für auswärtiges im US-Finanzministerium, Stanford Professor und Senior Fellow des markliberalen Think-tanks Hoover Institution^[14]
- Vizepräsident: Peter J. Boettke, USA, Professor für Volkswirtschaft und Philosophie an der George Mason University und Direktor des F.A. Hayek Program for Advanced Study
- Generalsekretär: Eamonn Butler, Großbritannien
- Schatzmeister: J.R. Clark, USA
- Direktoren: Jeff Bennett, Nicolas Cachanosky, Gabriel Calzada, Inchul Kim, Dominique Lazanski, Benjamin Powell, Ruth Richardson und Pedro Schwartz Giron

Frühere Präsidenten

Die früheren Präsidenten sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören die Deutschen Friedrich Lutz (1964-67), Günter Schmolders (1968-70), Herbert Giersch (1986-88) und Christian Watrin (2000-02)

Mitglieder

Die von Wikipedia erfassten Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein großer Teil der dort genannten Mitglieder - einige sogar seit Jahrzehnten - verstorben sind.

Finanzierung

Der Jahresbeitrag für aktive Mitglieder beträgt 100 \$.^[15] Die Gesellschaft wird außerdem von Stiftungen, Unternehmen und Personen finanziell unterstützt. Zu den Stiftungen gehören bzw. gehörten u.a.^[21]: William Volker Fund (bis 1965 aktiv), Reim Foundation, Earhart Foundation, Lilly Endowment, Roe Foundation, John M Olin Foundation, Scaife Family Charitable Trust, Pierre and Edith Goodrich Foundation und Garvey Foundation.

Einzelnachweise

1. ↑ [About the Montpelerin Society , Montpelerin.org](#), aufgerufen am 29.04.2020.
2. ↑ [2,02,12,22,3 A SHORT HISTORY OF THE MONT PELERIN SOCIETY](#), montpelerin.org, abgerufen am 26.04.2020
3. ↑ Bernhard Walpen: Mont Pèlerin Society, in: ABC zum Neoliberalismus, Hrsg. H.-J. Urban, Hamburg 2006, S. 159
4. ↑ Walpen, Mont Pelerin Society, S. 159
5. ↑ [MONT PELERIN SOCIETY DIRECTORY -2010](#), Webseite abgerufen am 26.04. 2020
6. ↑ [Profil unter Experts bei Institute for New Economic Thinkings](#), abgerufen am 26.04.2020
7. ↑ [About me, Homepage](#), abgerufen am 26.04.2020
8. ↑ [Homepage](#), abgerufen am 26.04.2020
9. ↑ [Our People](#), Webseite Atlas Network, abgerufen am 26.04.2020

10. ↑ [Graham Readfearn Exclusive: Mont Pelerin Society Revealed As Home To Leading Pushers of Climate Change Denial](#), DeSmogBlog vom 14. Januar 2014, abgerufen am 26.04.2020
11. ↑ [Kapitalismus in der Krise Erinnerungen an alten Glanz](#), Süddeutsche Zeitung vom 24. November 2008, abgerufen am 26.04.2020
12. ↑ [Frequently Asked Questions](#), montpelerin.org, abgerufen am 26.04.2020
13. ↑ ["Board of Directors," Montpelerin.org](#), aufgerufen am 02.05.2020
14. ↑ [Hoover institution, Biography of John B. Taylor](#), hoover.org, aufgerufen am 26.04.2020
15. ↑ [Frequently Asked Questions](#), montpelerin.org, abgerufen am 26.04.2020

LobbyControl

LobbyControl e.V. ist eine gemeinnützige Initiative für Transparenz und Demokratie und Träger der Lobbypedia. Dieser Beitrag soll keine umfassende Präsentation von LobbyControl sein, sondern vor allem relevante Informationen und Links zur eigenen Transparenz bieten. Weitere Informationen finden sich auf der Organisationswebseite www.lobbycontrol.de.

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	33
2 Organisationsstruktur und Personal	33
2.1 Verbindungen	33
3 Finanzen	33
4 Weiterführende Informationen	34
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	34

Kurzdarstellung und Geschichte

LobbyControl wurde 2005 gegründet und ist seit Anfang 2006 als gemeinnütziger Verein anerkannt.

Organisationsstruktur und Personal

- [Vorstellung des aktuellen Vorstands auf der LobbyControl-Webseite](#)
- [Unsere Satzung \(pdf\)](#)

Verbindungen

LobbyControl ist Mitglied in

- der europaweiten Allianz für Lobby-Transparenz und ethische Regeln (ALTER-EU, alter-eu.org)
- im Netzwerk Unternehmensverantwortung (CorA-Netzwerk, Corporate Accountability, cora-netz.de)

Finanzen

LobbyControl finanziert sich aus vier Quellen:

- Fördermitglieder
- SpenderInnen, insbesondere KleinspenderInnen

- Stiftungsgelder (in begrenztem Umfang)
- Honorare (für Vorträge und Lobby-Stadtführungen etc.) und Erlöse aus dem Verkauf eigener Publikationen als Ergänzung

Wir nehmen keine Unternehmensspenden an und legen alle Zuwendungen von juristischen Personen (wie Stiftungen) offen. Einzelspenden von Privatpersonen über 10.000 Euro führen wir namentlich im Finanzbericht auf. 2017 beliefen sich die Einnahmen auf 1.074.803 Euro. Weitere Details:

- [Unsere Jahresberichte](#)
- [Informationen zur Finanzierung auf unserer Webseite](#)

Auf EU-Ebene haben wir uns in das freiwillige Lobbyregister der EU-Kommission eingetragen: [unsere Daten dort](#)

Weiterführende Informationen

- [Webseite von LobbyControl](#)
- [Eintrag in der Wikipedia](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter